

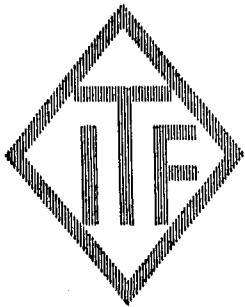
FASCHISMUS

ORGAN DER INTERNATIONALEN TRANSPORTARBEITER-FÖDERATION

ERSCHEINT ALLE 14 TAGE IN DEUTSCH, FRANZÖSISCH, ENGLISCH, SCHWEDISCH, SPANISCH, HOLLÄNDISCH UND AUSZUGSWEISE AUCH IN ESPERANTO. DER BEZUGSPREIS BETRÄGT HFL. 4.- JÄHRLICH (FÜR MITGLIEDER DER DER I.T.F. ANGESCHLOSSENEN VERBÄNDE UND FÜR ARBEITERORGANISATIONEN HFL. 2.-). BESTELLUNGEN WERDEN ENTGEGENGENOMMEN: VONDELSTRAAT 61, AMSTERDAM, WEST.

No. 24.
4. Jahrgang.

Amsterdam, den 28. November 1936.



Und Danzigs Arbeiterschaft? (ITF) Der Terror der Nationalsozialisten gegen die Danziger Arbeiter hat sich noch weiter verschärft. Willkürliche Verhaftungen, Überfälle und Miss-

handlungen sind in Danzig an der Tagesordnung. Reichsdeutsche "Spezialisten" "normalisieren" diese Aktionen, deren Ziel ist, aus Danzig einen zuverlässigen militärischen Stützpunkt des Dritten Reiches an der Ostsee zu machen. Die Nationalsozialisten hoffen noch immer, dass die Völkerbundsmächte, die freiwillig die Verpflichtung zum Schutze der Danziger Koalitionsfreiheit übernommen haben, diesem Terror gegen die Danziger Arbeiter weiter freien Lauf lassen. Die Nationalsozialisten sind sogar bereit, Polen in Danzig v o r ü b e r g e h e n d weitgehende Konzessionen zu machen, wenn sie dafür nur das Recht erhalten, weiter Danziger Arbeiter zu terrorisieren. Die polnischen Arbeiterorganisationen wenden sich zusammen mit allen einsichtigen Kreisen Polens gegen diesen Plan. Die Aktion der polnischen Arbeiterorganisationen aber muss in allen Ländern nachhaltig von allen Organisationen unterstützt werden, die für die Freiheit der Arbeiterschaft und für die Sicherung des Friedens kämpfen.

N o c h ist das Dritte Reich nicht kriegsbereit.

(ITF) Die deutsche Armee befindet sich durch die überstürzte Verdoppelung der Dienstzeit gegenwärtig in einem chaotischen Zustand. Wohl sind

Teile des Millionenheeres jederzeit vorstossbereit, aber der plötzlich angeschwollene Armeekörper ist unübersichtlich und schwerfällig geworden. Es fehlt an brauchbaren Offizieren und vor allem an ausgebildeten Unteroffizieren. In einigen Monaten, wenn die Ausbildung des jetzt eingezogenen 2. Jahrgangs über das Anfangsstadium hinaus ist, wird dieses Durcheinander wohl überwunden sein. Aber, was noch nicht überwunden ist und ohne Hilfe des Auslandes nicht überwunden werden kann, ist die Zerrüttung des kriegswichti-

gen Verkehrsapparates und grosser Teile der kriegswichtigen Industrie.

Der deutsche Verkehrsapparat wird geplündert, um die Armee auch nur auf dem heutigen Stand halten zu können. Bei der Reichsbahn, dem grössten deutschen Verkehrsunternehmen, das im Kriegsfall trotz aller Autostrassen für das Funktionieren des Aufmarschs und des Nachschubs unersetzlich bleiben wird, ist der Wagenbestand erheblich zurückgegangen, die Zahl der Personenwagen ist 5% geringer als selbst im Krisenjahr 1932, die Zahl der Güterwagen ist sogar um 10% niedriger. Die noch fahrenden Wagen sind zum grossen Teil reparaturbedürftig. Weit schlimmer noch steht es um den Lokomotivbestand. Die grösseren Güterbahnhöfe sind vollgestopft, da es an Rangierlokomotiven fehlt, um sie freizumachen. Die Reichsbahn muss in einigen Bezirken mit bei Privatbetrieben geliehenen Benzinlokomotiven arbeiten. Die Lokomotiven der Reichsbahn stehen in den Ausbesserungswerkstätten herum, da sie, da Rohstoffe fehlen, nicht ordnungsgemäss repariert werden können. Die Lager für Achsen, Kolbenstangen, Kurbel- und Kuppelzapfen, Gleitkopf- und Schwingerbolzen wurden früher mit einer Legierung von Blei, Zinn und Antimon ausgegossen und "saugdicht" aufgepasst. Ein derartiges Lager ist äusserst "ölgütig". An Antimon und Zinn fehlt es aber, was an diesen Metallen verfügbar ist, wird den Werften zur Verfügung gestellt, da das Dritte Reich in möglichst raschem Tempo zur See aufrüsten will. Es werden sogar bei Lokomotiven und Waggons gute Lager ausgeschlagen und mit "Glückometall" ausgegossen. Dieses "Glückometall", eine Legierung von Messing, Kupfer und Blei, ist hart und spröde, es "frisst" Öl. Bei erhöhtem Druck bricht es und bei minderwertiger Schmierung laufen die Lager heiss und schmelzen aus. Und auch gutes Schmieröl ist knapp. Die Lokomotiven, deren Lager mit Glückometall ausgegossen wurden, müssen deshalb in den Kurven das Tempo drosseln, die Fahrtgeschwindigkeit wird verringert.

Um die Nachteile des schlechten Schmieröls und des minderwertigen Lagermetalls auszugleichen, müssen die Lager mit 2 mm Spielraum aufgepasst werden, sind also nicht mehr saugdicht. Die Folge ist: die Achsen, Zapfen usw. "schlagen" und zertrümmern damit die Lager. Aus diesem Dilemma gäbe es nur eine einzige Rettung: dass nämlich England, Frankreich oder die USA dem Dritten Reich die so heiss begehrte Rohstoffanleihe gewähren. Die Rohstoffanleihe braucht das Dritte Reich, um seinen Kriegsapparat wieder auf die Höhe zu bringen, die die Voraussetzung eines Überfalls seiner Nachbarn ist.

Nicht nur die Reichsbahn wird kriegsuntüchtiger. Auch die Handelsflotte ist angewiesen worden, auf allen Schiffen die Reservelager an Weissmetall abzuliefern und durch Glückometall zu ersetzen. Ja noch mehr. Schon werden Turbinen, Diesel- und Elektromotoren mit dem "Glückometall" ausgegossen. Grosse Motorenfabriken weigern sich deshalb, die früher übliche Garantie für 18 Monate zu geben, sie rechnen mit früherem Versagen des Motors. Die Umdrehungszahl der mit Ersatzlager ausgestatteten Motoren muss erheblich verringert werden, oft auf die Hälfte. Die Kriegsbereitschaft der deutschen Industrie wird dadurch herabgemindert.

Der Rohstoffmangel zwingt das Dritte Reich selbst zur Verschlechterung seiner Munitionsreserven. Seit einigen Wochen stehen für Granaten nicht mehr genügend Kupferführungsringe zur Verfügung. Die Reserven für den Ernstfall sollen nicht angegriffen werden. Für Führungsringe wird daher jetzt in der Mehrzahl der Munitionsfabriken eine Aluminium-Legierung verwendet. Diese ist jedoch so hart, dass die mit den Ersatzführungsringen versehenen Granaten den Drall des Geschützrohres zerstören, sodass, wie uns Artilleristen mitteilten, schon nach dem 4. Schuss das Geschütz zu streuen beginnt.

Arbeiter in den Motoren- und Munitionsfabriken freuen sich über diese Lage: sie wissen, minderwertiges Material kann nicht als erstklassige Kriegsreserve in Betracht kommen, der Rohstoffmangel zögert den vom Dritten Reich so heiss ersehnten Krieg hinaus.

Die Stimmung in den Betrieben schwächt die Kriegsbereitschaft des Dritten Reiches weiter. In entscheidenden deutschen Betrieben ist die Produktivität der Arbeit seit einigen Monaten erheblich zurückgegangen. (Einzelheiten können mit Rücksicht auf die Sicherheit unserer Berichterstatte hier nicht wiedergegeben werden, Red.) Mit dem raschen Steigen der Preise, mit dem Einsetzen der Fett- und Fleischknappheit, mit der Verschärfung des Antreibersystems sind entscheidende Gruppen der deutschen Arbeiterschaft zu einer Art passiven Resistenz übergegangen, sie arbeiten langsamer, häufig mit Berufung darauf, dass mit Ersatzstoffen vorsichtig umgegangen werden muss. Die Nazibehörden haben bisher kein Mittel gegen diese um sich greifende Bewegung gefunden.

Das Regime traut den Arbeitern nicht. In vielen Städten ist festgestellt worden, dass Arbeiter, von denen bekannt ist, dass sie Mitglieder der von den Nazis zerschlagenen freien Gewerkschaften waren, keine

Gestellungsbefehle erhielten, dass auch bewusst katholische Facharbeiter von Einberufungen verschont blieben. Man schliesst daraus, dass das Dritte Reich sich des Volkes nicht sicher glaubt und solange wie möglich nur zuverlässige Leute in die Armee nehmen will. Damit verringert es aber die Reserve der Armee um entscheidende qualifizierte Kräfte.

Dass in den Betrieben Unruhe herrscht, würde die Diktatur nicht stören, solange sie sich des Mittelstandes und der Bauern sicher wüsste. Seitdem aber "Dreschkommandos" der Polizei und der SS. aufs Land ziehen und die Höfe der erbitterten Bauern durchsuchen, ob nicht etwa Getreidevorräte, die pflichtgemäss an genau bestimmten Tagen abzuliefern waren, versteckt wurden, seitdem in den Grenzgebieten, am linken Rheinufer sowohl wie in Ostpreussen und an der Wasserkante eine Zeitlang Nacht für Nacht volle Scheunen in Flammen aufgingen, ist das Regime noch unruhiger geworden und es sucht seine Unruhe hinter Säbelrasseln zu verbergen. Deutsche Arbeiter, die mit Erstaunen beobachten, dass gewisse Staaten diesem Bluff Glauben schenken, fragen immer wieder, weshalb eigentlich im A u g e n b l i c k das Dritte Reich gefürchtet wird. Sie wissen aus täglicher Erfahrung, mit welcher Mühe die Reserven für die Armee zusammengehalten werden und wissen, dass diese Reserven nicht ausreichen, um auch nur eine kurze kriegerische Verwicklung zu überstehen.

Misstrauen gegen die "christ-
=====liche" Diktatur. Erste Resul-
=====tate der Scheinwahlen in Öster-
reich.

(ITF) In Österreich haben die ersten Neu-"Wahlen" der Betriebsvertretungen stattgefunden. Zur Abstimmung stand in jedem Betrieb nur eine einzige Liste, die von der faschistischen Einheitsgewerkschaft gemeinsam mit Unternehmern, Polizei und der

faschistischen Einheitsgewerkschaft gemeinsam mit Unternehmern, Polizei und der faschistischen "Vaterländischen Front" aufgestellt worden war. Die Arbeiter und Angestellten sollten aus dieser Liste die Hälfte der so ausgesuchten Kandidaten durch Anhaken wählen. Der Spielraum für Demonstrationen gegen die Diktatur war also denkbar gering. Trotzdem ist die faschistische Einheitsgewerkschaft über das Ergebnis der Abstimmungen entsetzt. Die Veröffentlichung der Abstimmungsergebnisse wurde nach Möglichkeit vermieden.

Die Wahlbeteiligung war hoch. Auch die illegalen freien Gewerkschaften hatten zur Beteiligung an der Abstimmung aufgefordert, damit sich kein Illegaler unnötig gefährde. In einer Reihe von Betrieben war es gelungen, Arbeiter oder Angestellte auf die Kandidatenliste zu bringen, die ihrer freigewerkschaftlichen Gesinnung treu geblieben sind; sie wurden meist einstimmig gewählt. In andern Betrieben, in denen Kandidaten aufgestellt worden waren, die als Faschisten oder als Überläufer betrachtet wurden, ergab sich ein ganz anderes Bild. Die Parole der illegalen freien Gewerkschaften: wählt keinen Heimwehrfaschisten, wählt keinen Überläufer, wurde weitgehend befolgt. Bitter beklagt sich die faschistische "Arbeiter-Woche" (Nr. 46 vom 14. November): "Etwa 10% der auf den Wahlvorschlägen gewöhnlich erstgereichten bisherigen Vertrauensmänner (also der "Kanonen" der Einheitsgewerkschaft, Red.) sind nicht wiedergewählt worden.... Es haben wohl gründlichere Überlegungen als sonst den Ausschlag gegeben. Sonst wäre es beispielsweise unerklärlich, dass der eine oder andere Vertrauensmann, der jahrelang, ja sogar jahrzehntelang das Vertrauen seiner Kollegen genoss, diesmal (weil er als "Überläufer" betrachtet wurde! Red.) nicht wiedergewählt wurde." Die "Arbeiterwoche" erklärt diese Schlappe der Einheitsgewerkschaft ganz richtig damit, dass "Unorganisierte (Arbeiter, die mit der faschistischen Einheitsgewerkschaft nichts zu tun haben wollen! Red.) den Ausschlag gaben oder vielleicht nicht der richtige Kontakt mit der Belegschaft bestand".

Die Zahl der Oppositionsstimmen war weit höher als 10%. Schon am ersten Wahltag berichtete die Einheitsgewerkschaft, von einer "nur" zehnzehnten Opposition. Dieser Prozentsatz wäre bei dem unter Leitung deutscher Gestapobeamter erheblich verschärften Terror beachtlich. Aber in Wirklichkeit ist die Zahl der demonstrierenden Oppositionellen weit grösser gewesen. Am ersten Abstimmungstag waren in der Creditanstalt 62% der von den Bankangestellten abgegebenen Stimmzettel leer. In der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien gaben von 205 Wahlberechtigten nur 70 dem dort kandidierenden Vorsitzenden der Vaterländischen Front für das gesamte Finanzwesen ihre Stimme, der Betriebsobmann der Vaterländischen Front erhielt nur 50 Stimmen. Im Warenhaus Gerngross wurden 5 ehemalige Freigewerkschafter gewählt

und 2 ehemals christlich Organisierte, alle kandidierende Heimwehrlers, fielen durch.

Der Hunger in Österreich.

(ITF) Nach dem Bericht des offiziellen österreichischen Instituts für Konjunkturforschung lag der Absatz an Verbrauchsgütern im August 1936 um 6% niedriger als im August 1935. Er lag um 21% unter dem Durchschnitt der Jahre 1923 bis 1931. Der Absatz an Nahrungsmitteln war im August 1936 um 7 1/2% kleiner als im August 1935; er lag um 15% unter dem Durchschnitt der Jahre 1923 bis 1931.

"Christlicher" Etat.

(ITF) Das faschistische Italien veröffentlicht seinen Haushaltsplan seit Jahren nur noch unvollständig, das

Dritte Reich gibt ihn überhaupt nicht mehr bekannt. Die christliche Diktatur Österreichs ist nicht in der glücklichen Lage wie ihre beiden Vorbilder, ihre Finanzen verheimlichen zu können. Sie ist an das Ausland hoch verschuldet und untersteht internationaler Finanzkontrolle. Sie muss deshalb ihren Haushaltsplan noch immer veröffentlichen. Dieser Haushaltsplan ist für die "christliche Diktatur" charakteristisch genug. Die Militärausgaben werden im Jahre 1937 um 70% höher sein als 1936. Dafür werden die Ausgaben für Arbeitsbeschaffung auf ein Minimum zusammengestrichen. Im Jahre 1934 wurden für Arbeitsbeschaffungsmassnahmen noch 109,6 Millionen Schilling ausgegeben, 1935 nur noch 103 Millionen, 1936 nur noch 44,8 Millionen Schilling, und 1937 sollen nur noch 17 1/2 Millionen für Arbeitsbeschaffung ausgegeben werden. Gleichzeitig werden die Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung und Altersfürsorge von 88,2 auf 74 Millionen Schilling herabgesetzt. Das Sozialministerium rechnet zwar selbst damit, dass im Jahre 1937 die Zahl der Erwerbslosen steigen wird. Dann durch die Abwertung der Währungen der Goldblockländer hat sich die Lage der österreichischen Exportindustrie verschlechtert und von der gross angekündigten Hilfe Deutschlands ist nichts zu spüren. Dass trotzdem die Mittel für Arbeitsbeschaffung und Erwerbslosenunterstützung gekürzt werden, zeigt, dass die österreichische Diktatur jeden Schilling für den Ausbau der Armee verwenden will, die als Hilfstruppe Hitlers und Mussolinis bereitgehalten und zur Niederhaltung des eigenen Volkes eingesetzt werden soll.

Briefe aus Italien.

(ITF) Die faschistischen Arbeitsgesetze sehen Höchstarbeitszeiten vor und verlangen, dass bei ihrer Überschreitung Überstundenvergütung gezahlt wird. Aber kein Unternehmer kümmert sich im faschistischen Italien um Arbeiterschutzgesetze. "Arbeiter und Angestellte (in Verona) müssen so viele Überstunden leisten, wie von ihnen verlangt wird. Wer sich weigert, riskiert, mit Genehmigung der faschistischen Organisation entlassen zu werden. Für die Überstunden wird nur die Hälfte des normalen Stundenlohns gezahlt...."

Italien baut seine Flotte aus, um Gross-Britanniens strategische Seeverbindungen bedrohen zu können. "Worftarbeiter in Monfalcone, besonders Spezialarbeiter, müssen (daher) 14 bis 16 Stunden arbeiten, mit kurzen Essenspausen am Arbeitsplatz, ohne die Zeit, sich vor dem Essen auch nur notdürftig zu waschen.... Proteste nützen nichts; wer diese Überstunden verweigert, erhält zunächst eine strenge Verwarnung, und, wenn das nichts hilft, wird er entlassen... Diese Methoden sind in allen Industriezweigen üblich, sie sind auch in öffentlichen Unternehmungen und Verwaltungen gang und gäbe."

"Man arbeitet (in Genua) fast nur in den Kriegsbetrieben. Die Löhne schwanken zwischen 10 und 16 Lire pro Tag, von denen die verschiedenen Abzüge und Beiträge abgehen... Die Arbeiter der Industrie werden scharf überwacht und unterstehen militärischer Disziplin..." (Giustizia é Libertà vom 13. Nov. 1936). Aber während die einen Überstunden machen müssen, gehen Zahllose stempeln. "Es gibt viele Erwerbslose (in der Provinz Reggio-Emilia). Die Erwerbslosen erhalten ihre Unterstützung nur, wenn sie 48 Marken in ihrem Gewerkschaftsbuch geklebt haben. Viele haben in den letzten 5 Jahren nicht so lange gearbeitet, dass sie 48 Marken kleben konnten" (Nuovo Avanti vom 14. November). "Nur jeder fünfte Arbeitslose hat Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung, also auf 2,50 Lire pro Tag während dreier Monate. Erwerbslose, die sich (bei den Suppenküchen der faschisti-

schen Partei) gratis Suppe holen, dürfen mit ihrem Topf nicht über die Hauptstrassen gehen, damit sie nicht gesehen werden. Die Zahl der Diebstähle steigt... Erwerbslose und Arbeiter, die exmittiert werden (weil sie die Miete nicht mehr bezahlen können), werden in abgelegene Orte deportiert und dort in Baracken gesteckt" (Giustizia é Libertà).

2 600 unbezahlte Arbeitsstunden! (ITF) Dass in faschistischen Ländern, in denen die freien Gewerkschaften zerschlagen sind, Überstunden zu -
 =====
 s c h l ä g e , auch wenn sie in den Tarifen vorgeschrieben sind, nur selten bezahlt werden, ist bekannt. In vielen Fällen verlangen in faschistischen Diktaturen aber Unternehmer sogar Überarbeit, ohne für die über den Normalarbeitstag hinausgehenden Arbeitsstunden auch nur den üblichen Stundenlohn zu zahlen. In der Tageszeitung der italienischen Korporationen, im "Lavoro Fascista", beschwerte sich (am 24. September) ein Bergarbeiter darüber, dass von ihm seit 50 Monaten täglich 10 Stunden Arbeit verlangt wird, ihm aber nur 8 Stunden bezahlt werden. 50 Monate hat der Bergarbeiter sich das gefallen lassen, weil er fürchtete, entlassen zu werden, falls er protestierte und er als Vater von 6 Kindern mit der jämmerlichen Erwerbslosenunterstützung von 2,50 Lire pro Tag nicht auskommen kann. Jetzt endlich hat er bei der Direktion schüchtern um Bezahlung der 9. und 10. Stunde gebeten. Die faschistische Bergwerksdirektion hat ihn ausgelacht.

Das Dritte Reich finanziert.

=====

Mosleys Terrorgruppen.

Am 12. November fragte im englischen Unterhaus der Labour-Abgeordnete "J. Griffith den Innenminister, ob sein Ministerium Informationen über die Geldbeträge erhalten habe, die vom Ausland der britischen Union der Faschisten und Nationalsozialisten gesandt worden wären... Sir Simon (der Innenminister) antwortete: ...Ich habe Informationen erhalten, aus denen hervorgeht, dass sowohl faschistische wie kommunistische Organisationen vom Ausland finanziell unterstützt wurden". (Parlamentsbericht der "Times" vom 13. November 1936).

Der Turnlehrer Henlein, der Leiter der deutschen Faschisten in der Tschechoslowakei war Ehrengast auf dem Naziparteitag in Nürnberg. Mit dem belgischen Faschisten Degrelle verhandelten deutsche Regierungen am 27. September 1936 in Berlin. Den holländischen Faschisten Mussert empfing Hitler am 16. November. Nach dem Bericht des faschistenfreundlichen Amsterdamer "Telegraph" dauerte die Unterredung eine volle Stunde.

Francos Mörder

wurden und werden sowohl vom faschistischen Italien wie vom Dritten Reich ausgiebig unterstützt. Die spanischen Faschisten verwenden diese Unterstützung ganz im Sinne ihrer Auftraggeber zum Arbeitermord: "Seit die Rebellen die im britischen Besitz befindlichen Rio Tinto-Minen in Süd-West-Spanien besetzt haben, haben sie in diesem Bezirk über 1500 (angeblich! Red.) kommunistische Bergarbeiter während "Reinigungsoperationen" erschossen, darunter 100 Frauen. Das berichtet ein hoher britischer Angestellter der Minen, der hier (in Gibraltar) ankam. Viele Erschiessungen wurden in Gegenwart von Angestellten der britischen Rio Tinto-Minen vollzogen". (Manchester Guardian, 14. Nov. 1936.)

Für die Einfuhr von Lebensmitteln fehlen dem Dritten Reich angeblich die Devisen. Aber der Devisenvorrat scheint unerschöpflich, wenn es gilt, Arbeitermörder und Terrorgruppen gegen die Gewerkschaften zu finanzieren. (ITF).

"Triumph des Wahnsinns".

=====

(ITF) "Etwas sehr Eigenartiges beherrscht gegenwärtig die internationale Politik, der Triumph des Wahnsinns. Die Verrückten siegen. Kaum hat sich einer der Wahnsinnigen mit Schaum vor dem Mund auf der internationalen Bühne gezeigt, so ist er auch schon Mittelpunkt einer grossen pazifistischen Aktion: 'Vermeidet alles, was den Wahnsinnigen reizen kann, sonst wird er schweres Unheil anrichten'" (The Railway Revue, Wochenblatt des britischen Eisenbahnerverbandes vom 6. Nov. 1936).

Neue Erwerbslosenstatistik -- neue

=====

Fälschung.

=====

(ITF) Seit Ende Oktober wird die deutsche Erwerbslosenstatistik in veränderter Form veröffentlicht. Die registrierten Erwerbslosen werden getrennt nach "im Beruf Volleinsatzfähigen", nach in anderen Berufen "Volleinsatzfähigen", und nach "Nicht-Volleinsatzfähigen" ausgezählt. Die Erwerbslosen der letzteren Gruppe gelten als "unechte" Erwerbslose. Als "unechte" Erwerbslose gelten jetzt nach einer Erläuterung des

des Sekretärs des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ganze Gruppen bisher als erwerbslos registrierter: die "Gruppe der Notstandsarbeiter und der Fürsorgearbeiter", da sie "nicht voll für Arbeitseinsatz zur Verfügung", langfristig Erwerbslose, die als "Arbeitsentwöhnte" betrachtet werden; Arbeiter, die ein kleines Stück Land besitzen und sich deshalb nicht ohne weiteres in andere Provinzen verschicken lassen wollen, gelten genau so wenig als "voll einsatzfähig" wie Kinderreiche, Mitglieder von katholischen Arbeitervereinen, jüdische Arbeiter und vor allem Funktionäre der früheren Arbeiterparteien. "Als Beschränkung der räumlichen Einsatzfähigkeit...treten vornehmlich der Familienstand, vorhandenes Besitztum und auch die Stammeseigenart verbunden mit konfessionellen Momenten in die Erscheinung. Auch die Frage der politischen Zuverlässigkeit erweist sich in manchen Fällen als arbeitseinsatzmässige Bindung" (Der deutsche Volkswirt, Nr. 4 vom 23. Okt.). Diese Gruppen werden höchstens noch als "nicht volleinsatzfähig" geführt.

Diese neue Statistik wurde bereits für den Oktober für die Berufsgruppen Eisen- und Metallindustrie, Baugewerbe und Industrie der Steine und Erden durchgeführt. Die andern 24 Berufsgruppen sollen in absehbarer Zeit folgen. Die Nazireklame hofft, durch diese neue Statistik bis zum Jubiläum der Diktatur am 30. Januar 1937 die Erwerbslosen wenigstens aus der Statistik beseitigt zu haben.

Greift die Armee ein? (ITF) Generaloberst Göring hat Anordnungen erlassen, durch die es (ab 1. Dezember) den Facharbeitern der deutschen Rüstungsindustrie erschwert werden soll, einen besser entlohnten Arbeitsplatz in einem andern Unternehmen anzunehmen. Die Lohnbewegung der Facharbeiter soll abgewürgt werden.

Die Facharbeiter der entscheidenden Betriebe aber bestehen unbeirrt weiter auf ihrer Forderung, sie verlangen Lohnerhöhung. Wenn ihnen ihr Betrieb höhere Löhne zahlt, bleiben sie, wenn der Betrieb aber die Lohnerhöhung verweigert und das Arbeitsamt den Übertritt in einen besser zahlenden Betrieb verweigert, dann arbeiten sie so vorsichtig, unter so sorgsamer Beobachtung aller irgendwie in Betracht kommenden Unfallverhütungsvorschriften, dass die Lieferungsfristen gefährdet werden. Die Zentralstelle der Armee für Rüstungsaufträge, das Heereswaffenamt sieht mit Sorge die sinkende Arbeitsleistung, sie empfiehlt der Industrie, nachzugeben, Lohnerhöhungen zu bewilligen und die bei der Fett- und Fleischknappheit dringend nötige Zusatznahrung sicherzustellen: "Durch Aufstiegsmöglichkeiten muss den Waffenarbeitern ein Ansporn gegeben werden, sich durch besonders gute Leistungen auszuzeichnen, muss alles getan werden, diese Spezialarbeiter auch rein physisch dauernd auf dem Stande höchster Leistungsfähigkeit zu halten." (Major Dr. Ing. Loyers vom Heereswaffenamt in "Der deutsche Volkswirt" Nr. 8 vom 20. Nov. 1936). Die Spezialarbeiter der deutschen Rüstungsindustrie sollen auch nach Auffassung der Armee an den Betrieb gebunden bleiben; aber die Armee will, um die gesunkene Produktivität der Arbeit wieder zu heben, wenigstens den Käfig vergolden. Die Lohnbewegung der deutschen Facharbeiter hat eine mächtige Stütze erhalten.

Um die Lohntüte als Kampffahne! (ITF) Die "Reichsbetriebsgemeinschaft Verkehr und Öffentliche Betriebe der Deutschen Arbeitsfront" hat (vom 4.-6. Nov.) in Berlin eine "Arbeitstagung des Verkehrs" durchgeführt. An der Tagung nahmen ausschliesslich die von der nationalsozialistischen Diktatur ernannten Sekretäre der Arbeitsfront, Unternehmer- und Behördenvertreter teil. Arbeiter und Beamte waren auf ihr nicht vertreten. Hinter verschlossenen Türen wurden einzelne sozialpolitische Fragen besprochen. Man scheint dort der Arbeitsfront ihre Bedeutungslosigkeit vorgehalten zu haben. Denn in der Öffentlichkeit zugänglichen Veranstaltungen musste sich der "Reichsbetriebsgemeinschaftsleiter" Körner gegen den Vorwurf wehren, dass die Arbeitsfront eine Organisation sei, die im luftleeren Raum schwebt. "Es ist nicht so, dass sie mit dem Leben keine Verbindung hätte, sie kennt die zu lösenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme auf das genaueste" (nach dem Bericht der "Hansa", des Organs der Reederorganisation, vom 14. Nov.; das Blatt der Arbeitsfront hat diese Entschuldigung wohlweislich unterschlagen). Auf der der Öffentlichkeit zugänglichen Veranstaltung beschwerte sich der Leiter der Arbeitsfront Dr. Ley darüber, dass einst "die Lohntüte zu einem Fanal wurde, zu einem Symbol, zu einer Kampffahne für oder wider. Was hast du an Lohn in deiner Tüte? Der Arbeiter sagte: viel zu wenig, der Beamte sagte: viel zu wenig". Dr. Ley hatte die Frechheit zu behaupten: es ist nirgendwo der Lohn abgebaut worden. Er wusste, dass er von den zur Kundgebung zusammengetriebenen

Arbeitern und Beamten, die von Polizei und mit Revolvern bewaffneter SS bewacht wurden, keinen Widerstand zu befürchten hatte. Aber die stumme Abwehr, auf die diese freche Lüge stiess, zwang ihn zur Verteidigung: "Ja, Sie werden mir sagen..., die Preise sind nicht gehalten worden (Hitler hatte noch im September Verbot jeder Preiserhöhung versprochen!). Mein Freund, das ist ungeheuer schwer in einer Gemeinschaft, in der die Dinge zu knapp sind und wo zu wenig vorhanden ist. Wenn zehn Mann nach einem Brot greifen, das nur für neun ausreicht, dann bietet der zehnte einen höheren Preis, dann bietet der achte und der erste und der zweite und der dritte und letzten Endes jagt jeder den andern um dieses Brot. Deutschland hat nun einmal an diesen Dingen zu wenig". Man solle aber nicht auf den zehnten, der den andern das Brot zu Schleichhandelspreisen wegkauft, ärgerlich sein: denn die Reichen, höhnte Dr. Ley, seien im Grunde arme Leute. "Der Reiche kann auch immer bloss ein Kotelett essen und kein Schwein auf einmal, er kann sich in seiner Villa auch immer nur in einem Zimmer bewegen und nicht in allen. Und so geht es mit allen diesen Dingen. Der Unterschied im Verbrauch ist bei den Menschen zu gering, wenn wir das einmal nachprüfen". Dr. Ley hat darauf verzichtet, auseinanderzusetzen, weshalb im Dritten Reich der "Volksgemeinschaft" ein Reicher neun Arbeitenden Fleisch und Fett fortkaufen kann und weshalb er sich zur Zeit seine vierte Villa bauen lässt. Der freche Hohn genügte auch so.

Den Behördenvertretern gefiel dieser Ton anscheinend nicht und sie versprachen sich auch wenig Wirkung von den inhaltlosen Phrasen des "Reichsbetriebsgemeinschaftsleiters". Der Staatssekretär im Reichspostministerium stellte warnend fest, dass die "in den (deutschen) Verkehrsbetrieben Schaffenden internationaler Beeinflussung, den zentrifugalen Kräften internationalen Wesens mehr ausgesetzt sind als andere Volksgenossen". Er wird wissen, warum. Die Lohntüte beginnt in Deutschland wieder eine "Kampffahne" zu werden. (Alle Zitate aus "Arbeit und Staat", 11. Nov. 1936).

"Personelle Mobilmachung".

(ITF) "Werden wir einmal in kriegerische Verwicklungen einbezogen, dann werden die Arbeitsbücher für die per-

sonelle Mobilmachung sicherlich eine bedeutsame Rolle spielen", erklärte der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (in seinem 1936 erschienenen Buch "Der Arbeitseinsatz und die Arbeitslosenhilfe in Deutschland", Seite 117).

Deutschland ist zwar noch in keinen Krieg verwickelt, aber die "personelle Mobilmachung" mit Hilfe des Arbeitsbuches hat bereits begonnen. Arbeiter, die -- wie sich aus der Eintragung im Arbeitsbuch ergibt -- auf Grund einer früheren Beschäftigung als für Rüstungsbetriebe geeignet angesehen werden können, werden in Rüstungsbetriebe zurückgeführt. Jede Änderung der Beschäftigungsart eines Arbeiters oder Angestellten muss (auf einem roten Formular) dem Arbeitsamt gemeldet und damit die Möglichkeit zur laufenden Kontrolle der Stammrollen und zur Ergänzung der polizeilichen Überwachung geschaffen. Einstellung und Entlassung jedes Arbeiters oder Angestellten wird (auf weissem bzw. gelbem Formular) mit Geburtsdatum und genauer Adresse des Betreffenden gemeldet. Das Arbeitsbuch ist schon heute zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel für die Mobilmachungsbehörden und die Polizei geworden.

Die Zerstörung der
=====
deutschen Konsumvereine.
=====

(ITF) Die Nationalsozialisten haben die 73 grössten deutschen Konsumvereine aufgelöst. "Der Grundgedanke, dass die etwa 3 000 Ladengeschäfte (dieser aufgelösten Genossenschaften) auf

Einzelhändler überführt werden sollten, ist bisher für etwa 1 000 Läden durchgeführt worden, nachdem etwa 300 Läden geschlossen worden sind. Für den grösseren Teil, für etwa 18 000 Läden", erklärte der Ministerialdirektor im nationalsozialistischen Wirtschaftsministerium Dr. Wienbeck vor der Industrie- und Handelskammer Hannover, "hat sich die Einzelprivatisierung trotz ernstlicher Bemühungen der zuständigen Stellen nicht durchführen lassen. Es ist daher nötig gewesen, durch die Gründung von Auffanggesellschaften ein Übergangsstadium zu schaffen" (Frankfurter Zeitung vom 15. Nov. 1936). Dieses "Übergangsstadium" soll so rasch wie möglich beendet werden.

Den noch nicht aufgelösten Konsumgenossenschaften wird das Arbeiten weiter erschwert. Das Wirtschaftsministerium rügte scharf, dass "die Mitgliederwerbung der Verbrauchergenossenschaften... stellenweise nach aussen hin wieder recht auffällig hervortritt". Es ersuchte die Konsumgenossenschaften, von der (in Deutschland üblichen) Werbung durch Familiennachmittage, Kaffeekränzchen usw. "tunlichst Abstand zu nehmen".

DIE TRANSPORTARBEITER UNTER DEM FASCHISMUS.

Wie die Nationalsozialisten
 =====
 Eisenbahner behandeln.
 =====

(ITF) Wenn im Dritten Reich ein Eisenbahner in Not gerät und beim Unterstützungsfonds Hilfe beantragt, muss die zuständige Dienststelle der Reichsbahn ein umfangreiches Gutachten über den Antragsteller abgeben.

Die Nazis haben für diese Gutachten einen Fragebogen ausgearbeitet, der, von der Dienststelle ausgefüllt, dem Antrag beigelegt werden muss. Dieser Fragebogen ist eine einzige Frechheit. "Lebt der Bedienstete in geordneten Verhältnissen?" wird gefragt. Oder "beruht die Verschuldung auf Leichtsinne, Alkoholgenuss oder Wirtschaftsführung der Ehefrau? - Hat der Bedienstete das Bestreben, sich auf Kosten der Krankenkasse zusätzliche Erholung zu verschaffen? -- Meldet er sich etwa so häufig krank, um besondere Vorteile zu erhalten, oder versucht er, durch Krankmeldungen sich anderen Verpflichtungen (z. B. Pfändungen) zu entziehen? -- Fallen die Erkrankungen etwa so an, dass er mit besonders hohem Krankengeld rechnen kann, oder gehört er etwa zu denjenigen, die nur immer wieder an ihren eigenen Nutzen und Vorteil denken und keine Rücksicht nehmen auf das Interesse der Gemeinschaft? -- Halten Sie den Genannten für den ihm zugewiesenen Dienst und für den Reichsbahndienst überhaupt für geeignet?"

Die Dienststelle behandelt den Fragebogen vertraulich. Der Eisenbahner weiss nicht, was über ihn gemeldet wird, er weiss nur, dass dieser Fragebogen ihn den Arbeitsplatz kosten kann. Die Reichsbahn hofft, dass viele durch die Teuerung oder Unglücksfälle in Not geratene Eisenbahner sich durch diese rigorose Praxis abschrecken lassen und lieber im Flend verkommen, als eine Unterstützung zu beantragen.

Der "Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands (Sektion der Internationalen Transportarbeiter-Föderation) hat in seinem Organ "Fahrt frei!" den deutschen Eisenbahnern die entscheidenden Abschnitte dieses vertraulichen Fragebogens mitgeteilt.

Der Stockinger bleibt im
 =====
 Geschäft.
 =====

(ITF) Über den Herrn Stockinger, der jetzt als österreichischer Handelsminister abtreten musste, aber sofort zum Präsidenten der österreichischen Bundesbahnen ernannt

wurde, schreiben die "Lidové noviny", das angesehenste bürgerliche Blatt der tschechoslowakischen Republik (am 5. November): "Die Entfernung des Handelsministers Stockinger aus der österreichischen Regierung hat die ganze österreichische Öffentlichkeit, ausser dem Kartell der Lebensmittelgrosshändler, dankbar aufgenommen.... Stockinger wurde Handelsminister im Jahre 1933, als Dr. Dollfuss die neugeborene Ständestaatsideologie zu verwirklichen begann und das Ressort des Handelsministers mit einem Fachmann aus dem Wirtschaftsleben besetzen wollte. Stockinger, Eigentümer einer Gemischtwarengrosshandlung, begann sofort Verordnungen und Gesetze in Massen zu produzieren. Eine seiner ersten Taten war das Verbot des Verkaufs von Lebensmitteln in den grossen Warenhäusern; in ganz Österreich gab es nur vier grosse Warenhäuser, die von diesem Verbot betroffen wurden, aber drei von ihnen liegen in der Mariahilferstrasse in nächster Nähe von Stockingers eigenem Lebensmittelgeschäft!"

Als Handelsminister war Stockinger auch Vorsitzender der Zuckerkommission und entschied über die Zuteilung von Zucker an die einzelnen Lebensmittelgrosshändler. Jeder Waggon Zucker bedeutet für den Grosshändler einen Profit von einigen hundert Schilling ohne jede Arbeitsleistung und ohne jedes Risiko, da der Zucker direkt aus der Zuckerfabrik an die Kleinhändler verschickt wird; es war daher kein Zufall, dass der Betrieb des Grosshändlers Stockinger schon im Jahre 1933 von dem Minister Stockinger die Zuteilung von 600 Waggonen Zucker erhielt und dass später dieses Kontingent von Jahr zu Jahr erhöht wurde. Die Lebensmittelhändler wurden neidisch, insbesondere als das Lebensmittelgeschäft Stockingers auch die Lieferungen für alle staatlichen Arbeitsdienst- und Konzentrationslager erhielt und schliesslich auch für die Eisenbahner, deren Genossenschaften nach dem Februar aufstand 1934, angeblich aus politischen Gründen, aufgelöst worden

sind. Unter den Kaufleuten und Industriellen in Wien wurden furchtbare Dinge darüber erzählt, wie die Firma Stockinger das Ministeramt Stockingers ausgenützt hat. In den letzten Monaten handelte es sich um die Erwerbung einer grossen Margarinefirma, deren Millionenvermögen in Grundstücken dem Lebensmittelgeschäft Stockingers beinahe umsonst zugefallen wäre."

Diesem -- Ehrenmann wurden jetzt die österreichischen Bundesbahnen ausgeliefert, damit er nicht ganz aus dem Geschäft kommt.

Menagemann auf deutschem

=====

Rheinschiff.

=====

(ITF) Auf den grösseren Schleppbooten der deutschen Rheinflotte kocht ein Menagemann das Mittag- und Abendessen für alle Besatzungsmitglieder,

die keine Familie an Bord haben. Der Menagemann wird von der Reederei entlohnt, die Ausgaben für das Essen werden umgelegt.

Früher war der Menagemann an Bord eine umstrittene Persönlichkeit. Der eine Heizer wollte Rindfleisch, wenn es Schweinefleisch gab, der andere Schweinefleisch, wenn Rindfleisch gekocht wurde. Heute ist das anders, denn heute ist die grosse Frage, ob es mittags überhaupt Fleisch gibt. Schon am frühen Morgen beim Kaffeewasser-Holen wird der Menagemann befragt, ob er gestern beim Einkaufen Fleisch erwischte hat und man ist glücklich, wenn er bejaht. Früher wurde an Bord grosser Wert auf gutes Kochen gelegt, heute, wie im Kriege, auf geschickten Einkauf. Wir sprachen mit einem Menagemann, dessen Boot gerade von einem Bergschlepp nach Salzig zurückkam. Er berichtete: in Weissenturm habe ich ganze 3 Pfund Fleisch aufgetrieben. Ich wollte für 2 Tage einkaufen, wir haben 12 Mann an Bord. Aber so langte es gerade nur für ein Essen. Pro Kopf ein Viertelpfund ist sicher nicht zu viel für die schwere Arbeit auf der Bergfahrt. Eier habe ich überhaupt nicht auftreiben können. Am Abend darauf in Salzig gab es überhaupt kein Fleisch. Dafür konnte ich Eier auftreiben, sieben, 30 gebrauchte ich. In vier Geschäften bekam ich überhaupt keins, erst im fünften erwischte ich die 7; 5 Eier wurden dann unter dem Maschinenpersonal verlost, 2 unter dem Deckpersonal. Die Gewinner mussten 'Heil Hitler' sagen.

Dann bekamen wir eine Talfahrt nach Ruhrort. Mittags gab es nur fleischloses Eintopfgericht. Für Göring wäre das gesund gewesen, der erstickt im Fett. Aber für uns...? In Ruhrort mussten erst Kohlen gebunkert werden, dann hatte die Bemannung endlich Feierabend. Aber der arme Menagemann musste noch einkaufen gehen. Früher war das nicht nötig, da kamen die Kaufleute an Bord, nahmen Bestellungen entgegen und lieferten an Bord, der Menagemann bekam noch sein Stück "Frühstück" (Wurst) extra. Heute muss man nach Fleisch regelrecht auf die Jagd gehen. Im Stammgeschäft gab es überhaupt nichts mehr, in vier weiteren Geschäften erwischte er insgesamt 1/2 Pfund Rindfleisch und 3/4 Pfund Schweinefleisch. Also wieder zu wenig. Wehe dem Menagemann, wenn er mit dem halbleeren Netzsack -- eine Art Einkaufsnetz, Red. -- an Bord kommt! Hoffnungslos geht er in eine Wirtschaft, denn wenigstens Bier gibt es im Dritten Reich noch genug. Dort trifft er den Kapitän, der ihm erzählt, dass man morgen zu Tal fährt. Dem Menagemann wird wieder besser. Jetzt kann er die Kollegen auf Lobit verträsten, den ersten holländischen Liegeplatz. Er sieht im Geist schon riesige Kotelettes in der Pfanne schmoren, für jeden Mann eins. Er braucht sie nicht zu verlosen.

Das Schleppboot muss die Hakenkreuzfahne führen. Die Bemannung nennt sie den Hungerhaken. Sie weiss warum.

Hitler muss aufgehängt werden.

=====

(ITF) Auf Wunsch des Propagandaministeriums hatte (im Jahre 1934) die Deutsche Reichsbahn alle Reichsbahnbediensteten, die 25 Jahre bei ihr beschäftigt sind, dazu verurteilt, das Buch Adolf Hitlers "Mein Kampf" als Ehrengeschenk entgegenzunehmen. Da sich aber bald herausstellte, dass viele der Jubilare bereits dies Buch von irgend einer an der Erhöhung der Einnahmen des Schriftstellers Hitler interossierten Organisation als Geschenk erhalten hatten, wurde angeordnet, dass statt des Hitlerbuches ein Bild Hitlers in schillerndem Achtfarbindruck überreicht werden sollte. Viele Eisenbahner stopften dieses Bild in irgend eine dunkle Schublade... Die Reichsbahndirektion beklagt sich daher jetzt: "die Überreichung dieses Bildes ohne Rahmen erfüllte ihren Zweck insofern nicht, als das Bild wegen der hohen Kosten (?) des Rahmens vielfach nicht aufgehängt wurde". Jetzt wird deshalb ein Hitlerbild in Kupfertiefdruck gleich gerahmt überreicht, auf Wunsch sogar koloriert, das Auge nordisch blau gefärbt, die Haare licht getönt, die Uniform blitzend. Wehe dem, der diesen Hitler jetzt nicht an die Wand hängt!

DIE TRANSPORTARBEITER UNTER DEM FASCHISMUS.

Die Beamten der Deutschen
 =====
 Reichsbahn unter national-
 =====
 sozialistischer Diktatur.
 =====

(ITF) Die Deutsche Reichsbahn-
 Gesellschaft, das grösste Unterneh-
 men Deutschlands, beschäftigt im
 Jahresdurchschnitt ca. 660 000 Men-
 schen. Davon sind etwa 45% auf
 Lebenszeit angestellte, "unkündbare"
 Beamte.

- x -

In der demokratischen Republik hatten auch die deutschen Beamten Koalitionsrecht. Aber nirgends war die organisatorische Zersplitterung grösser als bei ihnen. Bei den Reichsbahnbeamten gab es Zeiten, in denen für jede Beamtengruppe eine besondere Beamtengewerkschaft bestand. Erst 1925 begannen sich die Beamten in grösseren und zu grösseren Verbänden zusammenzuschliessen, in "Berufsverbänden" oder in sogenannten "gemischten Verbänden", die auch Arbeiter zu ihren Mitgliedern zählten. Dem der I.T.F. angeschlossenen Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands gehörten auch rund 30 000 Beamte an, die christliche Gewerkschaft "deutscher Staatsbediensteter" (G.d.E.) hatte etwa 45 000 Beamte erfasst. Daneben bestanden als reine Beamtenorganisationen die "Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer" (G.d.L.) mit 52 000 Mitgliedern und die "Gewerkschaft technischer Beamter" (Geteb) mit etwa 15 000 Mitgliedern. Im "Zentralgewerkschaftsbund der Reichsbahnbeamten" (ZGDR) waren rund 120 000 Eisenbahnbeamte organisiert. ZGDR und Geteb waren dem "Deutschen Beamtenbund", die GdL jedoch keiner Spitzenorganisation angeschlossen. Die GdE gehörte dem "Deutschen Gewerkschaftsbund" (christlich) und der Einheitsverband dem "ADGB" (freigewerkschaftlich) an. Ca. 85% der Reichsbahnbeamten waren organisatorisch erfasst, die Eisenbahnbeamten waren also besser organisiert als alle Arbeitergruppen, durch die Zersplitterung ihrer Organisationen aber blieben sie dennoch fast ohne Einfluss. Lediglich der freigewerkschaftliche Einheitsverband und die christliche GdE waren durch ihren politischen Einfluss imstande, die Interessen der gesamten Beamtenschaft nachdrücklich wahrzunehmen.

Im Betriebe fungierten als Organe der Gewerkschaften die Beamtenräte, die das Recht hatten, an der Regelung aller Fragen des Beamtenverhältnisses mitzuwirken. Bei Streitfragen entschieden die Schlichtungsinstanzen.

Bei den Beamtenrätewahlen 1930 machte sich zum ersten Mal die Nazipropaganda im Reichsbahnbetrieb bemerkbar. Eine vom "neutralen" Zentralgewerkschaftsbund" (ZGDR) abgesplitterte Gruppe mittlerer und höherer Beamter der Ämter und Direktionen reichte zur Wahl eine Nazi-Liste ein. Auf die Liste entfielen nur 3,5% aller abgegebenen Stimmen und kein Mandat. Trotzdem wurde die Zusammenarbeit des ZGDR und der Geteb mit der NSDAP immer enger. Zum Dank für die Auslieferung der Beamtengewerkschaften übernahmen die Nationalsozialisten 1933 zwei ehemals dort führende Personen -- Peppmüller und Paerson -- an führende Stelle ihrer "Fachschaft Reichsbahn". Die Leitung des Deutschen Beamtenbundes (DBB), die die gleiche Anbiederungsversuche an die Nazis machte wie die ihr angeschlossene ZGDR und Geteb, fand dagegen trotzdem im Mai 1933 keine Gnade. Sie wurde restlos entfernt und alle ihr angeschlossenen Verbände eingetragenen Nationalsozialisten unterstellt. Lediglich der "Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer" gelang es, durch Anschluss an die vom nationalsozialistischen Abgeordneten Sprenger, dem jetzigen Reichsstatthalter von Hessen geführte Gruppe technischer Beamtenverbände, ein Eigenleben über den Tag der

Gleichschaltung

hinaus fortzusetzen. Sie besteht heute noch als gleichgeschaltete "Fachschaftsgruppe der Fachschaft Reichsbahn" weiter, während alle anderen früheren Verbände in der "Fachschaft Reichsbahn des Reichsbundes Deutscher Beamten" aufgegangen sind. Leiter der Fachschaft Reichsbahn ist der Nazi-Abgeordnete Peppmüller, ein würdiger Repräsentant des Dritten Reiches. Es ist unter den Eisenbahnbeamten nur zu gut bekannt, dass Peppmüller sich im Jahre 1929 durch Saufen und kostspielige Verhältnisse in so hohe Schulden stürzte, dass ihm die Reichsbahnverwaltung mit Entlassung drohte. Nur durch Verkauf seines Hauses konnte er sich damals noch rangieren und der drohenden Entlassung entgehen. Jetzt hat ihm das Dritte Reich die Mittel für seine Liebhabereien zur Verfügung gestellt, jedem Eisenbahnbeamten wird der Beitrag direkt vom Gehalt abgezogen.

Kurz nach der Gleichschaltung der Gewerkschaften brach zwischen der nachmaligen "Deutschen Arbeitsfront" und dem von den Nazis aufgezogenen "Reichsbund Deutscher Beamten" (RDB) ein heftiger Kampf um die Überleitung der dem freigewerkschaftlichen "Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands" angehörenden 30 000 Reichsbahnbeamten und um die Aushändigung eines prozentualen Anteils am Vermögen des Einheitsverbandes aus. Dem "Einheitsverband" wurden von der Arbeitsfront 8 Millionen Reichsmark gestohlen. Der RDB forderte von Dr. Ley mit Überweisung der 30 000 Beamten auch den Betrag von 1 1/4 Millionen Reichsmark. Nach längeren tumultuösen Verhandlungen zwischen den feindlichen Brüdern, wurde dem RDB schliesslich das Verbandshaus des Einheitsverbandes Berlin W. 50, Rankestr. 4 zugesprochen. Allerdings hatte der Pg. Körner, Leiter der "Reichsbetriebsgemeinschaft Verkehr und öffentliche Betriebe" vorher sämtliches Inventar entfernen lassen. Kein Stuhl, kein Tisch wurde den Nazibeamten gelassen, der RDB stand vor leeren Zimmern. Heute ist das Haus luxuriös eingerichtet, jedes Zimmer ist mit eigens abgemessenen Teppichen versehen. Die Nazibeamten wollten mit der luxuriösen Ausstattung ihres Bürohauses das Büro der Generaldirektion der Deutschen Reichsbahn übertrumpfen. Es ist ihnen gelungen.

Die Gewerkschaften hatten, unterstützt von den Beamtenräten, bestimmenden Einfluss auf die Gestaltung der Personalordnung (Perso), der Besoldungsordnung, der Dienstdauervorschriften (DDV), der Freifahrtordnung, der Kleiderordnung, der Laufbahnbestimmungen und der Urlaubsregelung.

Die Naziorganisation hat n i c h t s zu sagen. Die Beamtenräte sind abgeschafft, der Wirkungskreis des RDB und der angeschlossenen Fachschaften ist ausdrücklich auf "Erziehung der Mitglieder zu vorbildlichen Nationalsozialisten", auf "Unterstützung der Regierung", Berufsausbildung und "Unterhaltung, Ausbau und Umbau der wesentlich verschlechterten Selbsthilfeeinrichtungen, die von der Regierung... anerkannt werden" beschränkt. (Par. 5 der Satzung). Die Naziorganisation ist eigentlich überflüssig.

Verschlechterte Unterstützungen.

Den Eisenbahnbeamten gingen bei der Überführung in den "RDB" alle im Einheitsverband erworbenen Rechte verloren. (Der Beamte erhielt im "Einheitsverband" neben anderem, bei einer Beitragsleistung von 3,20 RM pro Monat, 500 RM Sterbegeld und bei Unfalltod 1500 RM. Im RDB muss der Beamte 2,30 RM Monatsbeitrag leisten; er erhält nur dann, wenn er monatlich an eine private Versicherungsgesellschaft zusätzlich RM 0,75 zahlt, von dieser ein Sterbegeld in Höhe von 600 RM "nach Massgabe der Versicherungsbedingungen". Da der "Reichsbund Deutscher Beamten" bis heute keine Mitgliedsbücher ausgegeben hat und da bis heute diese Versicherungsbedingungen nicht veröffentlicht wurden, weiss kein Beamter, ob seine Angehörigen überhaupt auf ein Sterbegeld Anspruch haben oder nicht. Die Beiträge, die monatlich an den RDB zu zahlen sind, sind also im Grunde nur eine Steuer zur Versorgung nationalsozialistischer Bonzen.

Gehaltssenkung 13-23%.

Die Bezüge, die den deutschen Beamten auf Grund der Besoldungsordnung vom 1.10.1927 zustanden, wurden zwischen dem 1.2.1931 bis 1.1.1932 je nach der "Ortsklasse" um 13-23 Prozent gekürzt. Diese Kürzungen waren bis zum 1.4.34 befristet. In zahllosen Versammlungen hatte die Hitler p a r t e i versprochen, sobald sie an der Regierung sei, diese Notverordnungen aufzuheben. Die Hitler r e g i e r u n g hat die Notverordnungen nicht aufgehoben, sie hat sogar die Kürzung der Beamtgehälter von neuem verordnet. Der "Reichsbund" hat dem tatenlos zugehört.

Heute bezieht ein Kanzleiassistent der Reichsbahn, der etwa 32 Jahre alt und kinderlos verheiratet ist, in Berlin nur noch monatlich 177,60 RM brutto. Er erhält in der niedrigsten Ortsklasse D nur 143,87 RM brutto. Ein kinderlos verheirateter Lokomotivführer im Alter von 40 Jahren (jüngere gibt es nicht) in Berlin bezieht nur noch 266,60 RM brutto monatlich. In der Ortsklasse D würde er 219,62 RM brutto erhalten. Das Kindergeld beträgt für das 1. Kind 10 Mk, für das 2. Kind 20 Mk., für das 3. und 4. Kind 25 Mk. und für jedes weitere 30 Mk. monatlich. Die Spanne zwischen den Gehältern der Sonderklasse Berlin und der Ortsklasse D beträgt in den höheren Gehaltsklassen 13%, in der niedrigsten Gehaltsstufe 22%.

Die Preissteigerungen und erhöhte Abgaben zu einer wesentlichen

Senkung des Realeinkommens der Beamtenschaft geführt. Die Preise sind im Dritten Reich um mindestens 20% gestiegen. Durch die "freiwilligen" Abzüge für Winterhilfe, Eintopfsonntag, Pfundsammlung, Nazi-presse, "Deutschtum im Ausland" und sonstige Spenden liegt das Nettoeinkommen des Beamten bis zu 15% unter dem Bruttoeinkommen. An eine Änderung dieser Verhältnisse ist nicht zu denken, denn die Gewerkschaft ist zerschlagen.

Überstunden.

Die Arbeitszeit der Reichsbahnbeamten wird durch die Dienst-dauervorschriften (DDV) geregelt, unter die auch die Arbeiter des Betriebs- und Verkehrsdienstes (in der Mehrzahl Beamtenanwärter) fallen. Nur die Arbeitszeit der Beamten in der Verwaltung und in den Reparaturbetrieben ist mit "in der Regel" 51-54 Stunden wöchentlich festgesetzt. In den hierfür gültigen Bestimmungen heisst es aber: "Jeder Beamte ist verpflichtet, seine volle Arbeitskraft in den Dienst der Gesellschaft zu stellen. Er hat die ihm übertragenen Arbeiten rechtzeitig, ohne Rücksicht auf seine festgesetzte Dienstzeit zu erledigen. Für eine Überschreitung der wöchentlichen Arbeitszeit wird eine Vergütung nicht gewährt". Die Beamten dieser Dienststellen müssen jetzt in der Regel, infolge Arbeitsüberlastung, noch Akten aller Art mit nach Hause nehmen. Der Beamtenrat, der früher für gerechte Verteilung des Arbeitsanfalles sorgte, wurde von den Nazis beseitigt. Durch die Dienst-dauervorschriften, unter die rund 60% aller Reichsbahnbediensteten fallen, wird vorgeschrieben, dass auf jeder Dienststelle ein Dienstplan aufgestellt werden muss, nach welchem sich die "Dienstschicht" und die "durchschnittliche Arbeitszeit" auch des einzelnen Beamten im Wochendurchschnitt ergibt. Einst wurde der Dienstplan nur unter "Mitwirkung" des Betriebs- und Beamtenrates aufgestellt. Fand der Dienstplan nicht die Zustimmung der Personalvertretung, ging er zur nächsten Instanz der Bezirkspersonalvertretung und Direktion. Kam hier keine Einigung zustande, entschied die "Schlichtungsstelle" bei der Hauptverwaltung endgültig. Ferner war der Beamtenrat "Beschwerdestelle" bei Missbrauch des Dienstplanes durch die Verwaltung und gleichzeitig "Überwachungsorgan" für ordnungsgemässe Durchführung der Arbeitszeitbestimmungen. Die Mitwirkung des Beamtenrates im obigen Sinne war in Par. 10 der DDV ausdrücklich festgelegt. Dieser Par. ist jetzt gestrichen, der Beamtenrat gehört der Geschichte an, die Beamtenschaft wurde im Dritten Reich ein Teil des Volkstums durch Verlust ihrer Rechte. Heute wird der Dienstplan selbstherrlich vom Betriebsführer aufgestellt. 40 - 45% aller Dienstpläne sehen heute für ca. 150 000 Eisenbahner wöchentliche Schichtzeiten von 67-93 Stunden vor. Trotz dieser immensen Ausnutzung werden von den Betriebsleitern sehr oft noch Schichten eingeschoben. Innerhalb dieser Schichtzeit beträgt die "reine Arbeitszeit" im Wochendurchschnitt 57 Stunden.

Diese unmenschliche Ausnutzung trifft besonders das Zugbegleit- und Lokomotivpersonal. Allein vom Lokomotivpersonal haben ca. 21 000 Köpfe -- 34% aller Lokomotivbeamten -- derartige Arbeitszeiten. Selbst der Nazi Uhlendorf, Mitglied der Leitung der Fachschaftsgruppe "Lokomotivführer" im RDB, hat auf der Tagung des Ausschusses für Beamte des technischen Dienstes in Jena (am 11. bis 12. Mai 1936) dieses System scharf kritisiert. Der "Voraus" (Zeitschrift der Fachschaftsgruppe Lokomotivführer im RDB (Folge 11 vom 31. Mai 1936) berichtet darüber (auf Seite 151): "U. sprach ferner über die Dienst-dauervorschriften, deren verschärfte Anwendung das Lokomotivpersonal wieder erneut zu fühlen bekomme. Die stark verkürzten Vorbereitungs- und Abschlussdienstzeiten dürften unter keinen Umständen zu einer Betriebsunsicherheit führen. Die von der Partei und deren Gliederungen angestrebte gründliche Schulung, der Besuch von Versammlungen und kulturellen Veranstaltungen sei durch die starke Anspannung dem Lokomotiv- und Zugbegleitpersonal sehr erschwert, ja teilweise sogar unmöglich gemacht".

Wie dem Lokomotivpersonal ergeht es allen anderen Beamtengruppen, zum Teil noch schlechter. An eine Besserung ist nicht zu denken. Jede Beschwerde führt zur Dienstentlassung.

Vollständig rechtlos.

Die Personalordnung (Perso), die die Rechts- und Dienstverhältnisse, vor allem die Besoldung und die Dienstdauer der Reichsbahnbeamten regelt, war am 1. Januar 1925, nach langwierigen Verhandlungen mit den Gewerkschaften, in Kraft gesetzt worden. Sie durfte nur nach vorheriger Vereinbarung mit den Gewerkschaften und dem Hauptbeamtenrat geändert werden, gab also eine Sicherheit. Im Dritten Reich wurde die

Personalordnung entscheidend verschlechtert: Das Führerprinzip wurde eingeführt: "Der Führer einer öffentlichen Verwaltung oder eines öffentlichen Betriebes entscheidet gegenüber den in ihnen beschäftigten Arbeitern und Angestellten als der Gefolgschaft in allen Angelegenheiten, die durch dieses Gesetz geregelt werden". (Par. 2 des Gesetzes zur Ordnung der Arbeit in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben).

Die Gewerkschaften und Beamtenräte wurden beseitigt; die Bestimmung eingeführt: "Reichsbahnbeamter darf nur werden, wer die Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintritt" (Par. 4 Absatz 5 der neuen Personalordnung) und "arischer" Abstammung ist.

Bevor ein Beamtenanwärter Beamter wird, wird dem ihm vorgesetzten NSDAP-Amtswalter ein politischer Fragebogen vorgelegt: ist der Anwärter Mitglied nationalsozialistischer Organisationen? Welcher? Liest er die Nazi-Zeitung? Gibt er reichlich "freiwillige" Spenden wenn gesammelt wird? Wieviel? Ist er politisch "zuverlässig"? Dieser Fragebogen wird vom Amtswalter der Kreisleitung der NSDAP gesandt, die ihn weiterleitet. Der Hauptbeteiligte, der Beamtenanwärter, bekommt den Fragebogen überhaupt nicht zu Gesicht, er weiss nicht, was über ihn berichtet wurde. Er weiss nur, dass andere Beamtenanwärter, die keine Nazi-Tageszeitung lasen, um 1 bis 3 Jahre zurückgestellt wurden, dass andere Beamtenanwärter als "politisch" unzuverlässig zurückgewiesen wurden, weil ihre Frau im Kirchenvorstand einer evangelischen Bekenntnisgemeinde war oder ihre Kinder nicht der Hitler-Jugend angehörten. Wird ein Beamtenanwärter glücklich als Beamter angestellt, so muss er einen Diensteid schwören: "Ich schwöre, ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes Adolf Hitler treu und gehorsam sein". (Par. 5 der Personalordnung). Dieser Gehorsam verpflichtet zum Bespitzeln der Kollegen, ja -- wenn der Parteiführer Hitler wieder einmal wie am 30. Juni 1934 Gefallen an Massenerschiessungen findet -- zum Töten von Kollegen. Nur die NSDAP entscheidet, wie weit die Pflichten des Beamten gegenüber der Diktatur gehen. Eine beklemmende Unsicherheit ist die Folge. Jeder Beamte kann jederzeit -- sogar ohne dass er weiss weshalb -- für "national unzuverlässig" erklärt und von der Beförderung ausgeschlossen oder mit erheblich verkürzter Pension entlassen werden. Eine Personalordnung existiert noch, aber sie existiert nur auf dem Papier. Rechtlos ist der deutsche Beamte der Willkür der Diktatur ausgeliefert. Und diese Unsicherheit, dieses Gefühl der Rechtlosigkeit lastet auf den Beamten der Deutschen Reichsbahn fast noch schwerer als die einschneidende Verschlechterung ihrer Lebenshaltung durch die nationalsozialistische Diktatur.